

## **Rede des Kurators Dr. Manfred Gentz anlässlich des Abschlusses der Auszahlungen an die ehemaligen Zwangsarbeiter am 12. Juni 2007 im Schloss Bellevue**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,  
Exzellenzen, meine Damen und Herren!

Es hat lange gedauert, bis sich die deutsche Wirtschaft nach dem Ende des zweiten Weltkrieges mit ihrer Verstrickung in das nationalsozialistische Regime und das in dieser Zeit begangene Unrecht ernsthaft auseinanderzusetzen begonnen hat. Zwar gab es bereits in den 50er und den 60er Jahren einzelne Unternehmen, die sich freiwillig oder auf Druck von außen mit einigen Aspekten ihrer Firmengeschichte während der Nazizeit beschäftigt haben. Umfassende und in die Tiefe gehende Analysen haben zunächst bei wenigen Firmen in den 80er Jahren und dann verstärkt in den 90er Jahren und nach der Jahrtausendwende stattgefunden. Heute haben fast alle großen Unternehmen ihre Firmengeschichten in der Zeit des Nationalsozialismus wissenschaftlich aufarbeiten lassen.

So sehr man den Zeitverzug beklagen mag, so ist es doch gut, dass jetzt eine große Zahl qualitativ hochwertiger wissenschaftlicher Untersuchungen vorliegt und immer weitere Erkenntnisse gewonnen und veröffentlicht werden.

Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte hat für Viele Überraschungen zutage gefördert. Das Ausmaß der Verstrickungen in das Regime sowie z. B. die Zahl und die Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter waren

den meisten Firmen nicht bewusst. Manches war verdrängt, vieles aber war – gerade für die heutige Generation von Führungskräften – zumindest in seinen Dimensionen wirklich unbekannt.

Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte wurde ab Mitte der 90er Jahre durch eine Welle von Einzel- und Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen in verschiedenen Ländern stark gefördert, teilweise auch erzwungen. Als Reaktion auf die wachsenden Erkenntnisse und den Druck von juristischen Auseinandersetzungen hat sich die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft gebildet. Sie wollte drei Ziele erreichen:

- Die Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Untersuchungen belegen, dass es sich nicht um einzelne Unternehmen gehandelt hat, die in das nationalsozialistische Regime verwoben waren, sondern dass praktisch die gesamte deutsche Volkswirtschaft betroffen war. Die Antwort darauf sollte das Bekenntnis und Anerkenntnis für die deutsche Wirtschaft sein, dass eine historische und moralische Verantwortung gegenüber den Opfern und Geschädigten besteht, denen auch ein sichtbares, materielles Zeichen eben dieser Anerkennung gewährt werden sollte. Diese Solidaritätsaktion der deutschen Wirtschaft ist in dieser Form und mit der freiwilligen Sammlung von über 5 Mrd. DM in der Welt einmalig. Die Auszahlung der Entschädigungen durch die gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland gegründete Stiftung ist eine hervorragende Leistung, die vor allem dem Stiftungsvorstand und seinen Mitarbeitern, aber auch dem Kuratorium zu verdanken ist.
- Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft wollte Rechtsfrieden erlangen. Dieses Ziel konnte mit Unterstützung der Bundesregierung

und der Regierungen der in die Verhandlungen einbezogenen Länder im Wesentlichen erreicht werden. Umso bedauerlicher ist vor allem eine noch anhängige Klage in den USA, die von an den Verhandlungen beteiligten und die Erklärung mitunterzeichnenden US-amerikanischen Anwälten eingereicht wurde. Noch bedauerlicher und schwer nachvollziehbar ist die Tatsache, dass einer der klagenden Anwälte Mitglied des Kuratoriums ist und genau weiß, dass der Stiftungsvorstand und die Bundesregierung mehrfach bestätigt haben, dass die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft alle ihre Verpflichtungen erfüllt hat.

- Das dritte Ziel war die Schaffung eines Zukunftsfonds, den die Stiftungsinitiative gegen große Widerstände nahezu aller an den Verhandlungen Beteiligten schließlich doch noch durchsetzen konnte. Dieser Fonds soll neben humanitären Leistungen und Erinnerungsarbeit vor allem dafür sensibilisieren, dass Menschenrechtsverletzungen sowie der Verfolgung und Diskriminierung von Minderheiten rechtzeitig entgegengetreten werden muss und Völkerverständigung, bürgerliche Freiheiten und Demokratie gefördert werden.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Entschädigungsaufgabe wird sich die Stiftung jetzt auf diese Zukunftsaufgaben konzentrieren. Es handelt sich dabei um eine Daueraufgabe mit einem hohen moralischen Anspruch, den wir auf unsere historische Verantwortung gründen. Dabei sollten wir die Stiftung mit aller Kraft unterstützen und ihr die angemessene Struktur und Beratung geben.